

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/218

13. November 1972

Wer denn anders als die SPD?

Juso-Chef klärt die Positionen für die Wähler

Von Wolfgang Roth / Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

CDU und CSU leben vom Gewinntopf der Großindustrie

Haushaltszahlen widerlegen Wahlagitation der "Union"

Von Max Seidel / Stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses im VI. Bundestag

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Der CDU schlechtesten Schachzug

Seite 5 / 29 Zeilen

Barzel wirbt mit Toten

Seite 5 / 21 Zeilen

Nur Unkenntnis oder doch Unredlichkeit?

Anmerkung zu einem Leserbrief von Prof. Dr. Burgbacher

Von Rainer Offergeld / Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

Seite 6 / 47 Zeilen

Sichere Schritte für den Frieden

Stagnation in der Deutschlandpolitik überwunden

Von Egon Franke / Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 7 bis 9 / 124 Zeilen

- ◊ Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck
- ◊ einer Serie "Rückblick und Ausblick" fort,
- ◊ in der die sozialdemokratischen Bundesminister über ihre bisherige Tätigkeit und
- ◊ ihre Arbeitspläne berichten.

Wer denn anders als die SPD?

Juso-Chef klärt die Positionen für die Wähler

Von Wolfgang Roth

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Jungsozialisten in der SPD

Wahlentscheidungen werden meist nur auf der Grundlage von Überlegungen getroffen, die sich auf die nächsten vier Jahre der Legislaturperiode beziehen. So wichtig die unmittelbaren Auswirkungen der Politik sind, so verständlich ist es auch, daß wir Jungsozialisten die langfristigen Folgen besonders im Auge haben.

Seitdem die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik bei der Bundestagswahl 1969 die CSU/CDU in die Opposition schickte, haben diese Parteien ihre Rolle mit Obstruktion, Hetze und Verleumdung verwechselt. Erinnern wir uns an das bedenkenlose Ausnutzen von vertraulichen Verhandlungspapieren im Kampf gegen die Ostverträge ebenso wie an die Hetzkampagne, die die CSU/CDU in diesem Zusammenhang gegen die Verträge führte. Erinnern wir uns schließlich an den Abgeordneten-Schacher.

Für die CSU/CDU war die Oppositionsrolle neu, aber sie hätte demokratisch genützt werden können. Das Gegenteil war der Fall. Das gibt Hinweise für morgen. Franz Josef Strauß, dessen gebrochenes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie aktenkundig ist, ist heute der mächtigste Mann in der CSU/CDU geworden. Nach der Erfahrung, die wir nach dem Machtverlust gewinnen mußten, würde es nach einem Wahlsieg der CSU/CDU um die langfristige Sicherung ihrer Macht gehen. Nach den Kräfteverhältnissen in der Union heißt das aber Abbau der Demokratie. Die Demokratie in der Bundesrepublik ist beispielsweise wegen der Beseitigung der Pressefreiheit durch die Pressekonzentration und die Verlegerwillkür gefährdet. CSU/CDU können ihre Macht nur mit Springer und Bauer erobern und sichern. Wird in der nächsten Legislaturperiode kein

Gesetz durchgebracht, das die redaktionelle Unabhängigkeit sichert, dann geht die Pressefreiheit verloren. Nur die SPD kann das verhindern.

Die Jungsozialisten streuen über die Reformperspektiven einer sozialdemokratischen Regierung in der nächsten Legislaturperiode keine Illusionen aus. Sie werden um jede Reform im Bildungsweg, gegen die Umweltzerstörung und für die Rechte der arbeitenden Menschen im Betrieb hart kämpfen. Der Unterschied zu einer CDU/CSU-Regierung ist, daß wir überhaupt für den Fortschritt kämpfen können und uns nicht nur für die Verhinderung des Abbaus der Demokratie und dem Kampf gegen reaktionäre Tendenzen einsetzen müssen.

Die Jungsozialisten haben die Friedenspolitik, die sich auf Europa bezog, in den letzten Jahren entschieden unterstützt. Die Verträge müssen nun für eine praktische Entspannung in Europa genutzt werden. Das heißt: Abbau der Rüstungsausgaben auf der Grundlage von Übereinkünften zur Rüstungskontrolle. Wer würde die Lösung dieser Aufgabe der CDU/CSU zumuten wollen?

Die Friedenspolitik hat jedoch noch eine andere oft vernachlässigte Dimension. Die Bundesrepublik hat hier bisher einen gewaltigen Nachholbedarf. Das Friedensproblem der nächsten Jahrzehnte ist das Problem des Ausgleichs zwischen den Interessen der Völker der Dritten Welt mit den Interessen der Menschen in den industrialisierten Staaten. Nach unserer Auffassung muß sich die Bundesrepublik Deutschland aus dem Geflecht imperialistischer Interessen lösen. Wer anders als die SPD kann eine derartige Politik einleiten, die beispielsweise auch eine neuartige Entwicklungshilfepolitik bedingt? Wer morgen in Frieden leben will, muß deshalb nach meiner Auffassung schon heute gegen die CDU/CSU angehen. Die Bindung an die Interessen des Großkapitals und eine fortschrittliche Politik zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Völker und Staaten der Dritten Welt sind unvereinbar. Insoweit hat die Wahlkampffinanzierung der CDU/CSU durch einen Teil der Großunternehmen vieles geklärt.

Dieser Wahlkampf hat sicherlich eine wichtige Folge. In der sozialdemokratischen Partei ist deutlicher als zuvor, daß sie die Partei der Arbeitnehmer und der übrigen Benachteiligten dieser Gesellschaft sein muß. Die soziale Badehose der CDU/CSU ist dagegen in diesem Wahlkampf unter dem Maßanzug von privilegierten Interessen verschwunden. Wir Jungsozialisten sehen für den 19. November klar.

(-/13.11.1972/bgy/ee/ex

+ + +

CDU und CSU leben vom Gewinntopf der Großindustrie

Haushaltszahlen widerlegen Wahlagitation der "Union"

Von Max Seidel

Stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses des VI. Bundestages

Der Wahlkampf der CDU/CSU wird durch Millionenspenden aus der Großindustrie finanziert. Die einzelnen Großspender treten dabei nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Das politische Geschäft erledigen auftragsgemäß die dazu ad hoc gebildeten Spendenvereinigungen - übrigens auf Kosten der allgemeinen Steuerzahler.

Jedermann weiß, daß der CDU vor Jahr und Tag der Pleitegeier im Genick saß. Im Jahr des Bundestagswahlkampfes 1972 ist sie plötzlich von der Millionenschuldenlast befreit, und die beiden "Unions"-Parteien können zugleich eine annähernd 100 Millionen DM kostende Wahlpropaganda betreiben. Die im Dunkel bleibenden Spender müssen schon bedeutende politische Motive bewegen, wenn sie so tief in die "schmale Gewinnkiste" der Großindustrie greifen, um Barzel, Strauß & Co. das Wahlgeschäft in einem solchen Ausmaß zu finanzieren.

Von diesem wahlpolitisch aufschlußreichen Geschehen will besonders der CSU-Vorsitzende ablenken. Er attackiert die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Dazu ist zu sagen: Die Bundesregierung Brandt/Scheel hat pflichtgemäß die Bevölkerung über ihre Ziele, Vorhaben und vor allem über ihre Leistungen zu unterrichten. Sie muß den ständig steigenden Informationswünschen der Bevölkerung entgegenkommen. Die Nachfrage z.B. nach den Broschüren und Sonderdrucken über den Moskauer und Warschauer Vertrag und nach dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin war riesengroß, ebenso war es z.B. mit der "Mietfibel" und der Broschüre "Das neue Wohngeld". Auch für die Sachinformationen, die das Gesundheitsministerium und das Arbeitsministerium herausgaben, war die Nachfrage größer als infolge der begrenzten Haushaltsmittel auflagenmäßig zur Verfügung gestellt werden konnte.

Es wäre des Aufhebens nicht wert, wenn Franz Josef Strauß im Wahlkampf diese unbestrittene Informationspflicht der Bundesregierung politisch kritisierte. Aber unredlich werden seine At-

tacken, wenn er mit falschen Zahlen durch die Lande zieht und behauptet, diese Bundesregierung verwende 250 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit. Der ehem. Bundesfinanzminister Strauß weiß selbst am besten, daß er damit die Unwahrheit sagt.

Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Kanzleretats sind heute nicht wesentlich höher als zu Erhards und Kiesingers Amtszeiten. Damals waren es 25,8 Millionen gewesen; heute sind es 29,8 Millionen DM. Im übrigen: Alle Ausgaben des Bundes, auch die für die Öffentlichkeitsarbeit, werden zurzeit nach den bindenden Vorschriften der Art. 111 und 112 des Grundgesetzes getätigt und stehen daher im Einklang mit dem Haushaltsrecht des Bundes.

Daher sind die vorgebrachten Horrorszahlen von Strauß nur wahlpolitisch zu werten; mit der Wirklichkeit haben sie nichts zu tun. Während der Etatberatungen, ob 1970/71 oder 1972, hat die "Unions"-Fraktion im Haushaltsausschuß des Bundestages aus guten Gründen ihre Einwände ganz konkret auf die fast umrissenen Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit Inland bezogen. Und diese sind begrenzt auf die Gesamtsumme von 29,8 Millionen DM: Das sind bei einem Haushaltsvolumen von 108.980 Millionen DM rd. 0,026 vH.

Dieser Ausgabenanteil für die sachliche politische Informationspflicht der Bundesregierung ist keine überhöhte Anforderung an den Bundeshaushalt. Wenn es nach den Informationswünschen der Bevölkerung ginge, müßten diese Summen um einiges höher sein. Diese gesteigerten Informationswünsche entstehen, weil die Bürger sich durch die sachliche Darstellung der Bundesregierung über politische Vorgänge und Ergebnisse überparteilich unterrichtet fühlen. Das mag der Opposition nicht gefallen, ist aber so. Daher wird die politische Falschmünzerei des CSU-Vorsitzenden zu Punkt "Öffentlichkeitsarbeit" vom aufgeklärten Bürger als Ablenkungsmanöver erkannt werden, mit dem davon abgelenkt werden soll, daß die CDU und die CSU im Wahlkampf vom Gewinntopf der Großindustrie abhängig sind.

(-/13.11.1972/bcy/ex)

+ + +

Der CDU schlechster Schachzug

Was als Überraschung für die Bürger in der allerletzten Phase des Wahlkampfes von der Rührungsspitze der CDU/CSU gedacht war, erweist sich vor aller Welt als ein sehr schlechter Schachzug. Die Vereinbarung, die Strauß und Barzel mit Prof. Dr. Karl Schiller über eine Mitarbeit in einer möglichen "Unions"-Regierung getroffen haben, wird ihre Wirkung auf die Wähler verfehlen. Sie durchschauen das abgekartete Spiel. Dieser Mann hat durch sein Verhalten das gewiß mit Gewissensnot nicht erklärt und begründet werden kann sich selbst abgewertet. Sein krampfhafter Ehrgeiz kennt keine Grenzen. Seit Beginn der Wahlkampagne dient er gemeinsam mit einem CDU-Altbundeskanzler, den er einst bitter bekämpfte, in von unbekanntem Geldgebern bezahlten Anzeigen als Wahlhelfer der "Union" und ist sich dabei wohl kaum bewußt, daß er dabei selbst den Sockel vollends zerstört, auf dem er einst stand.

Sechs Jahre lang zeichnete Schiller für die Wirtschaftspolitik verantwortlich; unter seiner Führung nahm der schmerzliche Prozeß der Geldentwertung seinen Lauf. Von dieser Verantwortung kommt er nicht weg. Jetzt tut der Mann so, als ob mit seinem Ausscheiden an der sozialliberalen Regierung der Kaufkraftverlust der DM erst richtig begonnen hätte. Ist das nicht ein klassischer Fall von Bewußtseinspaltung? Die "Union" wird an diesen, als Wahlschlager gedachten Neuerwerb keine rechte Freude abgewinnen. Glanz und Ruhm dieses Mannes sind verblaßt, sein Fun besteht, um mit Brandt zu sprechen, aus Phraseologie, gemischt mit Eitelkeit. Und das allein gibt noch keine Stabilität. Wie schlecht muß die "Union" ihre eigenen Wahlaussichten beurteilen, wenn sie sich kurz vor Torschlus noch eines Mannes bedienen muß, der durch seine Wandlungen gewiß keinen guten Beitrag für die politische Moral in der Bundesrepublik geleistet hat.

(ae/13.11.1972/ks/ex)

+ + +
Barzel wirbt mit Toten

Die CDU scheut in ihrer Wahlwerbung vor nichts mehr zurück. Sie steigert ihre Schimpfkanonaden ins Kaschemmenmilieu, sie beleidigt den Wähler mit unsinnigsten Unterstellungen, und jetzt mißbraucht sie auch noch das Andenken von Toten. Das Bild des nach einem Schmerzensweg sondergleichen gestorbenen Politikers von und zu Guttenberg soll dazu herhalten, die "in der Schlußphase des Wahlkampfes in die Ecke gedrängte" Barzel-Mannschaft (so die CDU-nahe "Bonner Rundschau") wieder flott zu machen. Die Anzeige wurde von Männern unterschrieben, denen man diese ungeheure Geschmacklosigkeit nicht zugetraut hätte: So u.a. von dem Generalmusikdirektor Eugen Jochum, dem Bauernverbands-Präsidenten Freiherr von Heeremann und dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes a.D. Volkmar Hopf. Das sind die Herren, die in ihren Exklusivclubs degoutiert von der Verwilderung der Wahlsitten sprechen und damit natürlich "die anderen" meinen.

Anzeigenauftraggeber ist übrigens eine obskure "Konzentration demokratischer Kräfte" in Bonn, eine CDU-Tarnung wie die Frankfurter "Initiative liberaler Staatsbürger", die den Toten Konrad Adenauer auf die Wahlplattform führt, einschließlich des Sohns und des Enkels Konrad. Diese beiden sind jedenfalls mit ihren Unterschriften dafür voll verantwortlich, daß eines der übelsten Worte des toten Kanzlers wieder in die Wahlauseinandersetzung eingeführt worden ist: "Die SPD ist der Untergang Deutschlands!".

+ + + (ae/13.11.1972/ks/ex) -6-

Nur Unkenntnis oder doch Unredlichkeit ?

Anmerkung zu einem Leserbrief von Prof. Dr. Burgbacher

Von Rainer Offergeld

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

In einem Leserbrief an eine Tageszeitung glaubte der CDU-Politiker Prof. Dr. Burgbacher dieser Tage etwas "zur sachlichen Klarstellung" auf eine Wahlanzeige der SPD erwidern zu sollen. Worum ging es ? Die SPD hatte einen der Widersprüche in der Politik von CDU und CSU deutlich gemacht: daß nämlich einerseits der Parteivorsitzende Dr. Rainer Barzel lautstark die Kürzung der Staatsausgaben verlange, daß andererseits aber seine Partei fordere, immer mehr Geld auszugeben; unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß allein der Burgbacher-Plan den Staat fünf Milliarden DM kosten würde.

Es ist verständlich, daß Dr. Burgbacher versuchte, hier einzuwirken. So stellte er die Frage, für wie dumm die SPD die Zeitungsleser halte, daß sie nicht unterscheide zwischen Staatsausgaben und zwischen Aufwendungen, die die Unternehmer zugunsten ihrer Arbeitnehmer erbrächten. Die fünf Milliarden DM Beteiligungslohn für den Burgbacher-Plan würden nämlich von den Unternehmern aufgebracht werden.

Nun ist zwar richtig, daß der Beteiligungslohn nach den Vorstellungen des Burgbacher-Planes ein Volumen in dieser Größenordnung erreichen soll. Nur sind dies nicht die fünf Milliarden, von denen in der SPD-Anzeige die Rede war. Dies hätte auch Dr. Burgbacher merken müssen: Denn er hat doch wohl nicht bereits selbst vergessen, daß sein Plan - weil das für das Funktionieren nötig wäre - eine breite Palette staatlicher Förderungsmaßnahmen vorsieht. Diese Vergünstigungen - steuerliche Erleichterungen für die Unternehmer, Zulagen, Prämien usw. - hätten den Staat von Beginn an jährlich mindestens fünf Milliarden DM gekostet, wenn man die Mehrausgaben und die Mindereinnahmen an Steuern zusammenrechnet.

Dies sollte auch Dr. Burgbacher wissen. Spätestens seit Dezember 1971, als diese Zahlen im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages zur Sprache kamen und als sein CDU-Mitstreiter in Vermögensbildungsplänen, Elmar Pieroth, zusätzliche Informationen über die verbliebenden finanziellen Auswirkungen bei einer evtl. Einschränkung des Burgbacher-Planes erbat. Endgültig aber müßten die finanziellen Folgen jedem klar geworden sein, als ihretwegen im Januar dieses Jahres CDU und CSU selbst die Behandlung des Plans im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages verhinderten.

Die SPD hat in ihrer Anzeige niemanden für dumm verkauft wollen, da sie von den Kosten für den Staat sprach, die eine Verwirklichung des Burgbacher-Plans mit sich bringen würde. Die SPD hat allerdings auch niemanden für so dumm gehalten, daß er diese Kosten vergessen oder mit den daneben nötigen Ausgaben der Unternehmen verwechseln könnte. Muß man aus dem Leserbrief von Dr. Burgbacher schließen, daß dies zu optimistisch war ? Oder hält er seinerseits die Zeitungsleser für so dumm, daß er glaubt, gefahrlos zu einer beliebigen Verdrehung greifen zu können ? (-/9.11.1972/ks/ex)

Sichere Schritte für den Frieden

Stagnation in der Deutschlandpolitik überwunden

Von Egon Franke

Bundesminister für innerdeutsche

Beziehungen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Drei Jahre Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition - was will sie, was hat sie erreicht? Was sie will, ist in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 nachzulesen: "Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird...". Aufgabe der praktischen Politik, das heißt und heißt noch heute: verhandeln und ringen um scheinbar einfache und praktische Dinge. Ich habe sie im einzelnen Mitte Januar 1970 vor dem Deutschen Bundestag aufgezählt, z.B. verbesserte Post- und Telefonverbindungen, großzügiger Reiseverkehr vor allem für Verwandte, Wiederaufnahme des Sportverkehrs, Tourismus und schließlich verbindliche Regelungen für den Transit- und Wechselverkehr. Nicht zuletzt aber auch geht es darum, menschliche Erleichterungen zu schaffen, wie sie gerade in diesen Tagen in der Familienzusammenführung deutlich werden.

Wir wußten, was uns bevorstand. Wir mußten bei weniger als Null anfangen; weniger deshalb, weil unser guter Wille zweifelndem Mißtrauen begegnete. Die bisherige Bonner Politik hatte geglaubt, solches Mißtrauen bei den Regierenden der DDR in Kauf nehmen zu können; sie kamen ja als mögliche Verhandlungspartner nicht in Betracht. Dieselbe Politik hatte andererseits nicht verhindern können, daß die Teile Deutschlands sich weiter auseinanderlebten. Die Teilung war um nichts geringer, die Trennung zwischen den Menschen hingegen im Laufe der Jahre nahezu perfekt geworden. Auch noch so beschwörende Worte vermochten nichts daran zu ändern: Die DDR war für uns zwar noch kein fremdes, aber zunehmend ein "fernes" Land geworden. Diesen Trend zur wachsenden Entfernung galt es abzufangen und nach Möglichkeit umzukehren. Wie und auf welche Weise, das stand im Grunde genommen seit der Großen Koalition, seit Herbert Wehner der dafür zuständige Bundesminister geworden war, fest: Nämlich durch Verhandlungen mit der Regierung der DDR.

Für uns kam es zunächst darauf an, ein Verhandlungskonzept zu entwickeln. Es fand seinen Niederschlag in den 20 Punkten von Kassel, die Bundeskanzler Willy Brandt bei seiner Begegnung mit dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph am 21. Mai 1970 der anderen Seite zur Kenntnis brachte. Das Charakteristikum dieses

Programms lag und liegt - denn es ist weiterhin verbindlich - darin, daß es Grundsätze für die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit Elementen der inhaltlichen Ausgestaltung verband, die eine Verbesserung der Kommunikation auf breiter Basis zur Folge haben sollten. An dieses Verhandlungskonzept haben wir uns bis heute gehalten. Die DDR mußte dafür erst gewonnen werden. Seit November 1970 sprechen bzw. verhandeln wir mit der Ostberliner Regierung. Die Verhandlungen galten vor allem dem "Grundvertrag", nachdem zuvor bereits eine Reihe von materiellen Verbesserungen auf verschiedenen Kommunikationsgebieten erzielt werden konnte. An ihnen läßt sich unmittelbar ablesen, daß dem Trend zur wachsenden Entfernung Einhalt geboten ist und erste Schritte zu seiner Umkehrung getan wurden.

Im Postbereich etwa konnte die Zahl der Telefonleitungen von 34 auf derzeit 193 erhöht werden. Bis Ende 1974 wird der Selbstwählferndienst eingeführt werden. Die Westberliner können bereits jetzt 32 Ortsnetze der DDR direkt anwählen. Insgesamt stehen für den Fernsprechverkehr zwischen Berlin (West) und Ostberlin sowie der DDR nunmehr 150 Leitungen zur Verfügung. Seit dem 31. Januar 1971, als nach 19jähriger Unterbrechung wieder die ersten zehn Direktleitungen geschaltet wurden, haben die Westberliner rund 2,7 Millionen Telefongespräche mit Teilnehmern in Ostberlin und der DDR geführt. Überhaupt Berlin! Der Transitverkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik wurde erstmals auf eine verbindliche Grundlage gestellt. Er verläuft reibungslos, erleichtert, schnell und sicher, und die Menschen machen davon selbstverständlichen Gebrauch; der Autoverkehr von und nach Berlin nahm um fast die Hälfte zu. Seit Anfang dieses Jahres - also unter Einschluß der Oster- und Pfingstregelung - haben Westberliner rund 2,4 Millionen Besuche in Ostberlin und der DDR abgestattet, davon 800.000 seit dem Inkrafttreten des Berlin-Abkommens am 3. Juni.

Mit dem Verkehrsvertrag wurde erstmals eine umfassende Rechtsgrundlage für den Straßen-, Schienen- und Schiffsverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten geschaffen. Die Wasserstraßen der DDR stehen jetzt auch westdeutschen Schiffen für den Transit nach Polen und in die UdSSR zur Verfügung. Verkehrsträger, Transporteure und Reisende erhalten Rechtssicherheit. Reisende können Rückfahrkarten nach allen Bahnhöfen der beiden Eisenbahnverwaltungen lösen. Auch im Schienengüterverkehr kann wieder ein durchgehender Tarif angewandt werden. Und schließlich der Reiseverkehr. Bis zum 17. Oktober konnten Westdeutsche in der Regel jährlich nur einmal ihre Verwandten in der DDR besuchen. Jetzt können Verwandte und

Bekannte jährlich mehrmals - bis zu einer Gesamtdauer von 30 Tagen - einer privaten Einladung in die DDR folgen. Bei diesen Reisen kann in bestimmten oder dringenden Fällen (z.B. Schwerbeschädigte) der Pkw benutzt werden, was bisher kaum möglich war. Die Freigrenzen für mitgeführte Geschenke sind erhöht worden. Außerdem kann man auf entsprechende Einladung aus kulturellen, sportlichen oder religiösen Gründen in die DDR fahren, und zwar ohne Anrechnung auf das 30-Tage-Kontingent. Nicht angerechnet werden ebenfalls Touristenaufenthalte, die über Reisebüros zu buchen sind. In West-Ost-Richtung wurden also die Möglichkeiten für private Reisen erweitert und Möglichkeiten für den Sport- und Touristenverkehr überhaupt erst wieder eröffnet. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch, daß auch in umgekehrter Richtung ein erster Schritt getan wurde. Bisher konnten nur Personen im Rentenalter aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik kommen. Jetzt ist es möglich, daß DDR-Bewohner aller Altersstufen in die Bundesrepublik reisen, wenn dringende Familienangelegenheiten vorliegen.

Dies alles mag vom Wünschenswerten noch weit entfernt sein. Aber dennoch sind wir stolz auf das Erreichte, das wir gegen den Widerstand der Opposition erkämpfen mußten. Erst als die Früchte reiften, entschloß sie sich zur Teilhabe. Heute ist für jedermann sichtbar, daß die ersten Anfänge gemacht sind und daß die Schwelle zum Besseren und Normaleren überschritten ist. Hier gilt es mit Beharrlichkeit und Augenmaß fortzufahren. Der nunmehr paraphierte Grundvertrag wird nach seinem Inkrafttreten weitere Probleme lösen oder der Lösung näherbringen.

Daraus ergibt sich die weitere Aufgabenstellung für mein Ressort von selbst: Noch viele Sachgebiete müssen zwischen uns und der DDR geregelt werden. Das Erreichte ist zu sichern und auszubauen. Das Ziel dieser praktischen Politik ist, einen Zustand der Menschlichkeit, der Unbefangenheit und ausgewogenen Selbstsicherheit zwischen uns und der DDR zu erreichen, der beiden Seiten erlaubt, im Zusammenwirken untereinander und mit ihren jeweiligen Verbündeten am Aufbau eines dauerhaften Friedens für Europa mitzuarbeiten. Ich glaube, das ist es, was die Völker in Ost und West von uns Deutschen in dieser Zeit mit Recht erwarten. Mehr als dieser Erwartung im Interesse aller Deutschen zu entsprechen, können wir in der Bundesrepublik für den Augenblick nicht tun und auch nicht versprechen. Das einzusehen und danach die Worte zu wägen, ist die erste Voraussetzung dafür, das Mögliche nicht zu erschweren oder gar zu gefährden. Diese Deutschlandpolitik bedarf eines sehr langen Atems und nicht kurzer großer Worte.

(-/13.11.1972/ks/ex)